

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln

Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Köln, 26. Februar 2015

**Ihr Schreiben vom 2. Februar 2015 zu dem Intro der Hörfunk-Nachrichten in der
9-Uhr-Sendung am 22. Januar 2015 auf WDR 5**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Januar 2015, das ich am 26. Januar 2015 erhalten habe. Sie kritisieren eine Formulierung in dem Intro der WDR 5-Radionachrichten in der 9-Uhr-Sendung vom 22. Januar 2015. Dort hieß es: „Russland und die Ukraine wollen schwere Waffen aus der Ostukraine abziehen“.

Ausgehend von dieser Intro-Schlagzeile erheben Sie förmliche Programmbeschwerde wegen des Verbreitens von Falschinformationen. Sie sprechen von einer „verfälschenden Darstellung innerhalb der Radionachrichten“ und weiter von einer wiederholten „Falschinterpretation von Ereignissen, wider besseres Wissen“. Die Nachrichtenredaktion würde den Eindruck erwecken, dass reguläre russische Streitkräfte unter dem Einfluss der russischen Regierung im Konflikt in der Ostukraine gegen reguläre ukrainische Truppen kämpfen würden. Der WDR versuche, seiner Hörerschaft den Eindruck zu vermitteln, Russland sei aktive Kriegspartei im Ukraine Konflikt. Außerdem fordern Sie eine Richtigstellung im Internetangebot und in der laufenden Nachrichtengebung.

§ 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz, den Sie zitieren, bestimmt, dass Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen sind. Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts komme ich zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung gegen dieses Gebot nicht vorliegt, so dass ich Ihrer Beschwerde nicht abhelfe. Lassen Sie mich erklären, wie ich zu dieser Einschätzung gelange:

Anlass für die Berichterstattung war ein Treffen der Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine zur Krise in der Ukraine am Vortag in Berlin.

Die Nachrichtenredaktion hat dieses Thema in der 9-Uhr-Sendung ausführlich behandelt.

Hier die vollständige schriftliche Fassung der eigentlichen Meldung:

In der ostukrainischen Stadt Donezk sind offenbar durch einen Granatenbeschuss 13 Zivilisten getötet worden. Nach Angaben des Bürgermeisteramtes traf ein Geschoss einen Bus und ein vorbeifahrendes Auto. Das Stadtviertel sei bisher von den Kämpfen in der Ost-Ukraine weitgehend verschont geblieben. Gestern Abend erst hatten sich die Außenminister der Ukraine und Russlands bei einem Treffen in Berlin darauf geeinigt, dass die ukrainische Armee und die Separatisten in einem festgelegten Gebiet keine schweren Waffen mehr einsetzen. Aus Berlin berichtet Sabine Müller:

30 Kilometer breit soll diese Zone sein, gezogen um eine Demarkationslinie, die schon vor Monaten vereinbart wurde. In der Pufferzone liegt auch der zerstörte Flughafen von Donezk, wo seit dem Wochenende wieder besonders heftig gekämpft wird. In den nächsten zwei bis drei Tagen soll jetzt geklärt werden, wann und wie die Vereinbarung konkret umgesetzt wird. Außenminister Steinmeier wollte nach knapp drei Stunden Verhandlungen nicht von einem Durchbruch sprechen, aber immerhin habe es wahrnehmbare Fortschritte gegeben. Steinmeier erwartet von der russischen Regierung, dass sie ihren Einfluss auf die Separatisten geltend macht, damit aus der Vereinbarung mehr wird als nur gedrucktes Papier.

Die von Ihnen kritisierte Formulierung war Teil des Sendungs-Intros, das aus drei äußerst knappen Sätzen im Schlagzeilen-Stil besteht. Darin werden drei Themen der Sendung angerissen, inklusive des Wetters. Diese Intros sollen unser Publikum in die Sendung führen und kurz auf deren Themenspektrum hinweisen.

Ihren Vorwurf, es würde wider besseren Wissens ein falscher Eindruck erweckt, reguläre russische Streitkräfte kämpften unter dem Einfluss der russischen Regierung, sehe ich in der Gesamtschau der nachrichtlichen Berichterstattung in der 9-Uhr-Sendung nicht als zutreffend an. In der oben zitierten Meldung hat das Redaktionsteam eine klare Abgrenzung zwischen Russland und den pro-russischen Separatisten getroffen. Es wurde berichtet, dass „die ukrainische Armee und die Separatisten“ der Einigung der Außenminister zufolge keine schweren Waffen mehr einsetzen sollen, sie also abzuziehen sind. Russland wird hier eindeutig nicht als direkt involvierte Kriegspartei dargestellt. Diese Abgrenzung wird auch im weiteren Verlauf der Meldung deutlich. Dort heißt es: „Steinmeier erwartet von der russischen Regierung, dass sie ihren Einfluss

auf die Separatisten geltend macht (...)"'. Diese Aussage deckt sich mit der Darstellung in der von Ihnen genannten Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes¹.

Diese Mitteilung war eine der Quellen, die am 22. Januar 2015 neben den Nachrichtenagenturen und unseren Korrespondentengenenutzt wurden. Denn, wie von Ihnen richtig angemerkt, müssen Nachrichten vor ihrer Verbreitung auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit geprüft werden. Genau das hat die Nachrichtenredaktion durch die Auswertung und Prüfung verschiedener Quellen getan.

Einzuräumen ist in der Tat, dass die einführende Schlagzeile „*Russland und die Ukraine wollen schwere Waffen aus der Ostukraine abziehen*“ für sich betrachtet sehr verkürzt und missverständlich ist. Insofern ist Ihre Kritik berechtigt. Allerdings ist diese Schlagzeile sehr kurz vor der Sendung und unter hohem zeitlichem Druck erstellt worden. Die nicht eindeutige Formulierung ist ärgerlich, allerdings wurde wenige Sekunden später in der deutlich umfangreicheren Meldung inhaltlich völlig korrekt über die aktuellen Entwicklungen informiert. Die von Ihnen geforderte „Richtigstellung“ der einführenden Schlagzeile folgte insofern direkt durch den Nachrichtentext. Im Internet wurde ohnehin ausschließlich der Nachrichtentext, nicht die Schlagzeile veröffentlicht.

Die verantwortliche Redakteurin hat ihr Bedauern über die Schlagzeile in einem sehr kritischen Nachgespräch mit der Abteilungsleitung deutlich gemacht. In diesem Gespräch zeigte sich aber auch sehr klar, dass es keinerlei Hinweise gibt, wonach es sich um eine bewusste, gezielte Verfälschung von Informationen gehandelt haben könnte – vor allem auch vor dem Hintergrund der korrekten Meldung im Anschluss. Insgesamt ist danach nicht von einer bewussten Verfälschung oder auch nur dem Versuch einer solchen auszugehen.

Im Ergebnis stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfe.

Es bleibt Ihnen unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

¹http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Ukraine/150121_2.Vierer-AM-Treffen.html.

Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Abs. 2 WDR Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Abs. 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow